



# Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Wanderer erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 3000 deutsche M., in Polnisch-Oberschlesien 30000 polnische M., im Voraus zahlbar. — Durch die Post bezogen 30000 deutsche M. — Preise freibleibend. — Druck- und Verlagsanstalt, herabgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Die einseitige mm-Zeile kostet in Deutsch-Oberschlesien für auswärtige und amtliche Anzeigen 4000 deutsche M., für Ortsanzeigen 3000 deutsche M., Reklame-mm-Zeile für auswärtige Anzeigen 12000 deutsche M., für Ortsanzeigen 8000 deutsche M.; in Polnisch-Oberschlesien für auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. M., für Ortsanzeigen 1500 poln. M., Reklame-mm-Zeile 6000 und 4000 poln. M. Anzeigebz. u. Auskunftsvermittlung 500 M. und Porto. Beilagengebühr 10000 M. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akford. od. bei Konkurs fällt jede Rabattbewill. fort.

## London vor einem Gonderfschritt

### Die englische Regierungserklärung

Waldwins Appell an die Öffentlichkeit — Ankündigung eines englischen Weißbuchs — Der Ruhrkrieg ruiniert Englands Handel

London, 2. August. Die mit großer Spannung erwartete ministerielle Erklärung über die letzten Verhandlungen zwischen England und den verbündeten Regierungen in der Reparationsfrage, wurde heute mittags im Parlament gegeben. Wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten, nach Baldwin im Unterhause und nach Curzon im Oberhause identische Erklärungen ab. Die Erklärung lautete folgendermaßen:

Der Ruhrkollaps, oder auf den Beginn einer Reparationsbesprechung schließlichen könne zwei Dinge, die die englische Regierung anstrebt.

### Die Lösung des Problems nicht mehr zu vermeiden

Es liegt auf der Hand, daß viele Wochen, wenn nicht gar noch länger verstreichen werden, ohne daß die verbündeten Regierungen auf der Grundlage der soeben verbreiteten Auffassungen in einen neuen Meinungs-austausch treten werden, ehe ein wirksamer Schritt zur Beendigung der heutigen Situation unternommen werden könnte. Die englische Regierung kann nicht oft genug wiederholen, daß sie sich in ihren Interessen mit denen ihrer Alliierten verbunden fühlt und ebenso wie ihre Verbündeten, vor jeder Aktion zurückschreckt, die dazu angeht sein könnte, auf eine Uneinigkeit zwischen den Alliierten zu schließen. Zu lassen, trotzdem sie die Auffassung beibehalten muß, daß die Lösung des Problems nicht mehr zu vermeiden ist und daß die europäische Situation, wenn jetzt die Alliierten noch länger ihre Meinungen über diese oder jene Einzelheiten, oder diese oder jene Vorschläge auszutauschen beginnen, mit samt allen Reparationszahlungsansprüchen, an denen alle Verbündeten gleichmäßig interessiert seien, immer weiter dem un vermeidlichen Ruin entgegen treiben muß. Unter diesen Umständen hat die englische Regierung beschlossen, dem Parlament in nächstnächster Zeit die Schriftstücke vorzulegen, in denen ihre Auffassung niedergelegt ist und ihren Alliierten zuzuleben der Veröffentlichung des Notenwechsels und aller Feststellungen, auf die sie sich in dieser Note beziehe, zuzustimmen.

Die englische Regierung hofft, daß die Veröffentlichung dieser Schriftstücke dazu beitragen wird, die wahren Dimensionen des ersten Problems aufzuzeigen, dem sich die Alliierten gegenüber befinden und die Welt von der Notwendigkeit überzeugen wird, es durch eine gemeinsame sofortige Aktion aus der Welt zu schaffen.

### Keine Hilfe, sondern nur Profit

Nach der Erklärung Waldwins ergriff der frühere Schatzkanzler, Sir Robert Horne, das Wort und erklärte: Deutschland habe sich seit dem Waffenstillstand auf Kosten der Alliierten wieder herausgemacht und umgehört eine Politik getrieben, die auf die Umgehung seiner Verpflichtungen hingeeht habe. Es habe seine gesamten Industriebetriebe reorganisieren können. Wenn man die Reparationsverpflichtungen völlig auswich, werde sich Deutschland wieder den Weltmarkt erobern und zwar mit noch beträchtlicherer Wirkung, als es vor dem Krieg der Fall gewesen sei. Er hoffe, daß die englische Regierung sich in ihrer Haltung besonders von der Betrugung jener Willkürgeleiten lassen werde, die auf die Arbeitslage in England ausgeübt werden müßte, wenn man Deutschlands Verpflichtungen zu sehr erleichtern würde.

### Kommentare der Berliner Presse

Berlin, 3. August. Die Presse äußert sich zu der englischen Erklärung sehr ablehnend. Die „D. M. Z.“ sagt, diese Erklärung sei die Anforderung an Deutschland zur Kapitulation. Der „Lokal-Anzeiger“ erklärt den englischen Entwurf für unannehmbar. Am „Vorwärts“ heißt es: Es scheint, als ob die heilige Sitzung des Unterhauses nur ein Vorspiel zu weiteren wichtigeren Dingen gewesen sei. Die „Post. N.“ schreibt: Die deutsche Politik aber wird sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß England die Zeit für Aktionen erachtet, bei der Lösung des Ruhrkonfliktes die deutschen Interessen unberücksichtigt zu lassen. Das „Berl. Tageblatt“: Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, daß das, was gestern im Unterhause bekannt gegeben wurde, zu einer schnellen Lösung herbeiführen werde.

### Das Pariser Dokument des Ruins

Die französische Note veröffentlicht — Frankreich besteht England gegenüber auf Beibehaltung der Besetzung zum Zwecke der Bewahrung des Pfandes, fordert jedoch Deutschlands Kapitalaktion.

Paris, 3. Aug. Poincaré hat heute als Antwort auf die englische Parlamentserklärung die französische Note veröffentlicht, die am Montag dem englischen Außenministerium übergeben wurde. Die französische Regierung erklärt sich darin zunächst bereit, sofort mit dem englischen Kabinett die deutschen Vorschläge vom 7. Juni zu prüfen, doch ist sie zu der Feststellung gekommen, daß diese Vorschläge nicht die Verpflichtung enthalten, den passiven Widerstand, durch den das Reich sich sechs Monate der Ausführung des Friedensvertrages widersetzt, zu beenden. Die französische Regierung habe nach besten Kräften auf die verschiedenen Forderungen ihr das englische Kabinett stellte, geantwortet. Wenn dieses weitere Forderungen an sie zu richten habe, so sei sie bereit, neue Antworten zu erteilen. Doch erinnere die französische Regierung daran, daß Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet nicht nur nach Maßgabe der von dem Berliner Kabinett abgeleiteten Aufgaben räume, nachdem sie vier Jahre warten, aller Art Versuche unternommen, wirksame Ultimata stellten, sowie in Konferenzen einwirkten, die die französische Regierung vorschlug, deren Beschlüsse noch nicht verwirklicht wurden und schließlich Deutschland wiederholt Moratoria gewährt hat. Das den

ihm unmittelbareinstelle, in der Ruhrbesetzung verschiedene Änderungen vorzunehmen, die mit der Sicherheit der Truppen und der Integrität sowie Bewahrung des Pfandes, im Einklang zu bringen seien. Durch die Ruhrbesetzung wollte Frankreich in Deutschland die Bereitwilligkeit zum Abbruch herstellen. Sie habe die Überzeugung, daß, wenn die britische Regierung im Reiche einfach bekannt geben werde, daß sie eine Politik mißbilligt, die Deutschland ins Verderben stürze und Europa zu ruinieren drohe, die allgemeine Ordnung wieder hergestellt werde. Die französische Regierung stimme mit dem britischen Kabinett darüber überein, daß Deutschland seinen Kredit wiederherstellen könne, seine Währung stabilisieren, seinen Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen, sowie keine Produktion fördern soll. Es handele sich hier um Maßnahmen, welche die Verbündeten Deutschland seit 1920 erteilen, doch wären alle diese Maßnahmen verächtlich, weil der gegenwärtige Ruin nicht eine Auswirkung der Ruhrbesetzung ist, sondern vom Reiche selbst herbeigeführt wurde.

Betreffend den britischen Vorschlag, durch die Verbündeten einen allgemeinen Plan zur finanziellen Leistung und definitiven Reklamation aufstellen zu lassen, wünscht die französische Regierung zu erfahren, ob die Frage der internationalen Schulden darin einbezogen sei.

passiven Widerstand andelange, so werde Frankreich, wenn Deutschland

### Ehrhardt in Schweden

Stockholm, 2. August. Die schwedischen Blätter melden, daß der Kapitänleutnant Ehrhardt über die Grenze nach Schweden entkommen sei und sich in Stockholm aufhalte. Die Stockholmer Polizei, die von verschiedenen Berichterstattern befragt wurde, ob von schwedischer Seite aus Maßnahmen gegen Ehrhardt beabsichtigt wären, verweigerte jede Auskunft, ohne aber das Gerücht von dem Auftauchen Ehrhardts zu dementieren. Der Leiter des Berliner politischen Büros, Oberregierungsrat Dr. Weis, hatte bis gestern abend noch keine Bestätigung dieser Meldung.

### Riesen-Gemälde-Diebstahl in München

München, 2. August. In die Villa des verstorbenen Malers Zenobach sind Diebe eingebrochen und haben eine Reihe kostbarer Bilder alter Meister entwendet. Gestohlen wurde ein Bild von Holbein dem Jüngeren, eine Originalskizze von Rubens, darüber eine Kreuzabnahme Christi, ferner zwei Bilder von Verelers, ein Bild von Franz Hals „Die lachenden Jungen“ und schließlich ein Gemälde von Lucas Cranach „Drei Grazien am Baumstamm“. Alle diese entwendeten Bilder sind kostbare alte Stücke und ihr Wert wird auf mindestens zehn Millionen geschätzt. Da die gestohlenen Bilder im Kunsthandel bekannt sind, dürfte es den Dieben kaum gelingen, auch nicht im Ausland, die Gemälde zu verkaufen. Man vermutet, daß sich die Diebe zuerst noch in München befinden. Die polizeiliche Untersuchung ist soeben eingeleitet worden und soll bereits bestimmte Spuren aufzudecken haben.

### Landarbeiterstreik in Pommern

Berlin, 2. Aug. Im Reiche Soldat ist ein großer Landarbeiterstreik ausgebrochen. Da der Kreis in erster Linie für die Versorgung der Stadt Berlin mit Lebensmitteln in Betracht kommt, so muß sich der Streik für Berlin sehr bald bemerkbar machen, besonders jetzt in der Zeit der größten Lebensmittelnot. Um diesen Notstand zu beheben, die Ernte zu bergen und das Vieh und die Milchversorgung zu erhalten, ist mit Genehmigung des zuständigen Reichsregierungspräsidenten die technische Nothilfe eingesetzt worden. Der Ausstand erstreckt sich auf etwa 50 Güter, mit ungefähr 4000 Streikenden.

### Die Regierung Cuno bleibt

Es ist wenig wahrscheinlich geworden, daß der am 8. d. Mts. zusammengetretene Reichstag eine Mehrheit für den Rücktritt des Kabinetts ergeben wird. Die M. Z. erfährt hierzu: Wie in politischen Kreisen verläutet, dürften, abgesehen von der hart oppositionellen Haltung der Sozialdemokratie, die übrigen Parteien sich nur mit mehr oder weniger scharf gehaltenen Kritiken der Regierung begnügen und auch die Sozialdemokraten scheinen nicht auf den Regierungswechsel hinzuwirken. Man will dem Kabinett Zeit lassen, die Wirkung seiner letzten Finanzmaßnahmen abzuwarten, die allerdings durch den Reichstag einige Korrekturen erfahren dürften. Maßgebend für die Haltung des Reichstages ist ferner auch der Umstand, daß in den außenpolitischen Kreisen wichtige Entscheidungen erwartet werden

müssen, deren Wirkung durch einen Regierungswechsel beeinträchtigt werden könnte, was verhindert werden soll. Die Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich ist an einem Wendepunkt angelangt; voraussichtlich wird die Londoner Regierung sich entschließen, das seinerzeit gemachte deutsche Angebot allein zu beantworten, ein Akt, der die unverzügliche Stellungnahme Deutschlands erfordert. Falls sich eine neue deutsche Regierung bildete, so würden dadurch die Verhandlungen mit England unvermeidlich eine Verzögerung erfahren. Aus diesen, weniger aus Prestige-Gründen, die hier eine untergeordnete Rolle spielen, glauben die bürgerlichen Parteien, das Kabinett Cuno halten zu sollen, das die Fortdauer seiner Existenz der diplomatischen Zwangslage verdankt, in der Deutschland sich befindet.

### Das England vorschlag

Die englische Regierung war der Ansicht, daß die im deutschen Memorandum enthaltenen Vorschläge einer Prüfung und Erwiderung bedürftig seien und daß diese Erwiderung eine gemeinsame der Alliierten sein müsse. In dem Antwort mehr die englische Regierung verweigere, der von Deutschland in seinem Memorandum aufgestellten Vorschläge, zu einem Unterbreiten bekennt sie sich zur deutschen Auffassung, wenn nicht dadurch irgendwie der Friedensvertrag verletzt werden könne, die deutsche Letztinstanzhaftigkeit von einem unparteiischen Sachverständigenkollegium, in Zusammenarbeit mit der Reparationskommission, festzulegen werden könne. Was die Frage der von Deutschland angebotenen Garantien anbelangt, so drückt die englische Regierung ihre Meinung dahin aus, daß der ökonomische Wert ihrer Garantien von solchen Garantien abhängig gemacht werden müsse, wie sie das deutsche Memorandum erwähnt, als da sind: Stabilisierung der Mark, Ausbaldung der deutschen Wirtschaft und alle Garantien so lange bedingungslos bleiben müssen, bis die deutsche Finanzverwaltung unter einer Form internationaler Kontrolle aufgestellt werden könne. Der englische Antwort mehr die englische Regierung, wenn sie die Wiederannahme von Verhandlungen wünsche, sofort ihre Befehle und Anordnungen zurückzunehmen, durch die der passive Widerstand organisiert und durchgeführt worden sei, unabweislich alle Aktionen von Sabotage und Vandalismus, die diesen Widerstand in verschiedenen Fällen beileitet haben und es würde dem Glanzen Ausdruck verleihen, daß eine derartige Aktion von deutscher Seite die okkupierten Mächte eine Wiederannahme der Verhandlungen über eine Aenderung ihrer Verhandlungsmethode und eine Rückkehr zu einem normalen und industriellen Leben im Ruhrgebiet ermöglichen würde.

### Die Antworten der Alliierten

In der, diesen Antwortentwurf begleitenden Antwort mehr gab die englische Regierung noch eine besondere Aufklärung über die von ihr allen Fragen gegenüber angenommenen Gesichtspunkte und drang auf ihre Verbündeten, sobald wie möglich, die Diskussion entweder in einer Konferenz, oder in anderer Weise zu beginnen, einen umfassenden Plan zur allgemeinen und endgültigen Lösung auszuarbeiten. Die alliierten Antworten auf diese Anregung sind zum Teil eingetroffen, aber die italienische Regierung hat bereits ihre volle Übereinstimmung mit den Ansichten und Vorschlägen der englischen Regierung mitgeteilt. Die französische und belgische Regierung haben vorläufiger unabhängiger Erwiderung gesandt. Die englische Regierung hat diesen Erwiderungen ihre sorgfältige Aufmerksamkeit gewidmet, und obwohl sie nicht die in französischer Sprache anerkennend, in denen sie gefaßt sind, bedauert sie, in ihnen nichts finden zu können, was eine gemeinsame alliierte Antwort auf die von Deutschland möglich machen könnte, auf die die englische Regierung außerordentlichen Wert legen würde. In der Tat wird der Entwurf der englischen Regierung in der französischen und belgischen Antwort nicht einmal erwähnt. Weiterhin weisen die beiden Noten keinerlei Vorschläge auf, aus denen man auf eine baldige Aenderung in